

Antrag

der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Birgit Homburger, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Gutmacher, Walter Hirche, Dr. Werner Hoyer, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Marita Sehn, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.

Satellitengestütztes Umwelt-Monitoring als Instrument einer nachhaltigen Politik

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die fortschreitende Umweltzerstörung und der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen bedrohen unsere Gesundheit, Sicherheit, soziale wie wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensgrundlage der nächsten Generation. Wie die Anhörung zum Thema „Satellitengestütztes Umwelt-Monitoring als Instrument einer nachhaltigen Politik“ im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 22. März 2000 bestätigt hat, sind detaillierte Kenntnisse über den Zustand und die Entwicklungen unserer Umwelt essentielle Voraussetzung für die Definition, Umsetzung und Kontrolle einer verantwortlichen Umweltpolitik und eines verantwortlichen Umweltmanagements, das sich an Kriterien wie Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit ausrichtet, aber auch zur Arbeitsplatzsicherung beiträgt.

Die Beobachtung der Erde und ihrer Atmosphäre für wissenschaftliche Aufgaben der globalen Umweltüberwachung und der Klimaerforschung von Satelliten aus wird bereits seit einigen Jahren mit großem Erfolg betrieben. Der Einsatz satellitengestützter Information für politische wie wirtschaftliche Belange ist jedoch in Deutschland, vor allem im Vergleich mit Nationen wie Frankreich, den USA und zunehmend Ländern wie Indien, noch wenig entwickelt. Dabei kommt der Nutzung durch Satelliten gewonnener Informationen zur Unterstützung umweltpolitischer Ziele zunehmend Bedeutung zu. Zu nennen sind hier u.a. die Überwachung internationaler Umweltschutzabkommen (z. B. des Kyoto-Protokolls) – speziell die nationalen Beiträge zur CO₂-Nettobilanzierung, die schrittweise Verbesserung globaler Klimamodelle, die Optimierung von Simulationsmodellen bei Naturkatastrophen (Mozambique, El Ninjo etc.) sowie deren Einsatz für vorbeugende Risiko- bzw. Schadensbegrenzung. Wie der Bericht der deutschen Delegation anlässlich der 5. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention in Bonn 1999 ergeben hat, wird international zunehmend Klage über den „schlechten Zustand der atmosphärischen, ozeanischen

und terrestrischen globalen Klimaüberwachungssysteme geführt“. Auch die Bundesrepublik Deutschland ist aufgefordert, über ihre Aktivitäten in diesem Bereich regelmäßig und umfassend zu berichten. Trotz erheblicher wissenschaftlicher Vorleistungen ist es bislang nur unzureichend gelungen, wirkungsvolle Instrumente durch den Einsatz satellitengestützter Informationen zu implementieren. Dies muss, zumindest für die drängenden Problemstellungen, baldmöglichst durch gemeinsame Aktionen der zuständigen Behörden, der Wissenschaft und der Industrie vorangebracht werden.

Mit den Entwicklungen „standardisierter“ satellitengestützter Informationen, die kurzfristig entsprechend zwischenstaatlicher Vereinbarungen und hoheitlicher Anforderungen definiert und konzipiert werden müssen, werden die betroffenen Bundesorgane ihren umweltpolitischen Verpflichtungen qualifiziert und optimiert folgen können und die – gerade in Klima- und Umweltfragen – international beanspruchte profilierte Beitragsleistung Deutschlands weiterhin erfüllen.

Der Bedarf an aussagekräftigen Geoinformationsprodukten von regionalen, nationalen oder europäischen Regierungsinstitutionen geht bekanntlich weit über die o. g. Beispiele hinaus. Bei geeigneter Koordination der Bedürfnisse, Bündelung der Beschaffung bzw. Einflußnahme auf die noch zu schaffenden Produktstandards sind öffentliche Nutzer in der Lage, europaweit zu einer dringend notwendigen Vereinheitlichung von Umweltstandards beizutragen und auch Impulse für die derzeit nur langsam wachsenden privatwirtschaftlichen bzw. kommerziellen Märkte zu liefern. Bereits heute werden zur Klärung globaler wie regionaler Zusammenhänge weltumspannende Wissensnetze eingesetzt, in denen relevante Informationen gewonnen, verteilt und analysiert werden. Das Wissen um die Beschaffung, die gezielte Verteilung und die Auswertung dieser Information ist dabei für eine Hochtechnologienation wie Deutschland auch wirtschaftlich von enormer Bedeutung. Daten sind die Rohstoffe der sich entwickelnden Informations- und Dienstleistungsgesellschaft. Sie sind die Grundlage für eine erfolgreiche Umsetzung des Prinzips „Nachhaltigkeit“, sichern die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Industrie, verhindern Fehlplanungen und schaffen Arbeitsplätze in einem prosperierenden Markt.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- die Bedeutung des Instruments der satellitengestützten Erdbeobachtung für die Definition, Realisierung und Umsetzung einer nachhaltigen Politik zu unterstützen,
- die betroffenen Exekutivorgane aufzufordern, dieses Instrument für künftige politische Maßnahmen zu nutzen,
- die öffentlichen Bedürfnisse an satellitengestützten Informationen über geeignete Stellen zu bündeln und mit dem Ziel zu harmonisieren, für gemeinsame Verwendungen auf Bundes-, Landes- oder europäischer Ebene Standardprodukte zu definieren, die eine rasche Umsetzung des Prinzips Nachhaltigkeit auf nationaler wie europäischer Ebene ermöglichen,
- die bereits im Interministeriellen Ausschuss für Geo-Informationen engagierten Ministerien aufzufordern, in Anerkennung des hoheitlichen Bedarfs, an der Standardisierung geeigneter Datenprodukte mitzuwirken bzw. diese für den eigenen Bedarf zu entwickeln bzw. durch geeignete Stellen entwickeln zu lassen,
- hierzu im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) im Haushaltsjahr 2001 einen Haushaltstitel in Höhe von

10 Mio. DM einzurichten, mit dessen Budget die Bereitstellung umweltpolitischer Informationsprodukte gesichert werden kann.

Die Haushaltsmittel könnten zur Entwicklung folgender Informationsprodukte eingesetzt werden:

Ökologische Flächenstichprobe

Im Rahmen dieses bereits geplanten Vorhabens des BMU soll eine regelmäßige, flächendeckende Beurteilung des ökologischen Zustandes der Bundesrepublik Deutschland erfolgen. Diese Kartierung ist ein wichtiges Instrument für viele umweltpolitische Entscheidungsfindungen. Aufgrund der Komplexität konventioneller Methoden ist eine komplette Erfassung der Flächenzustände nicht finanzierbar. Eine Zusammenfassung von relevanten Informationen aus den Bundesländern ist zudem weder zeitlich noch technisch im geforderten Rahmen realisierbar. Es besteht Bedarf, geeignete Informationen mit Fernerkundungsverfahren zu erfassen. Hierfür sollen geeignete Informationsprodukte entwickelt werden, die aus den Rohdaten eines Erdbeobachtungssystems die gewünschten Informationsinhalte den Anforderungen entsprechend aufbereiten.

Unterstützung der Berichtspflicht der Bundesregierung im Rahmen europäischer Verpflichtungen (Natura 2000 etc.)

Es besteht eine Berichtspflicht nationaler Behörden im Rahmen europäischer, rechtsverbindlicher Verträge. Ein Beispiel ist das Abkommen „Natura 2000“ sowie seine nationale Umsetzung in der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH), die in der Richtlinie 92/42/EWG eine Pflicht zur regelmäßigen Berichterstattung der Signatarstaaten ausweist. Es wird angestrebt, o. g. Verpflichtung unter Einsatz satellitengestützter Informationen nachzukommen, die auch zur Deckung des nationalen Bedarfs definiert und entwickelt werden. Die hier gemäß der Spezifikationen des Abkommens zu entwickelnden Informationsprodukte sind ebenfalls zu erstellen.

Umsetzung der Maßnahmen des Kyoto-Protokoll

Im Rahmen der 5. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (COP-5 / Bonn 1999) haben Deutschland und die EU ihre Vorreiterrolle im internationalen Klimaprozess unterstrichen und, wie das BMU in seiner Bilanz der Konferenz deutlich macht, „...sich insbesondere für stringente Regeln für die Kyoto-Mechanismen und das System der Erfüllungskontrolle“ eingesetzt. Dies setzt u. a. die Verfügbarkeit geeigneter Instrumente voraus, die insbesondere die Erfassung der bisher umstrittenen CO₂-Senken ermöglichen. Hier weist das derzeit abschließend diskutierte Ergebnisprotokoll von COP-5 ausdrücklich auf die Eignung der satellitengestützten Erdbeobachtung hin. Satellitengestützte Informationen eignen sich aufgrund ihrer Eigenschaften (hohe thematische und geometrische Genauigkeit) ausgezeichnet für die Erstellung o. g. Berichte und zur Verifikation der erwähnten CO₂-Quellen und senken. Durch Entwicklung entsprechender Datenprodukte wird Deutschland seine politische Vorreiterrolle im EU-Rahmen untermauern können.

Der Deutsche Bundestag hält die vorgenannten Maßnahmen für geeignet, das Prinzip einer nachhaltigen Umweltpolitik zu unterstützen und im europäischen Rahmen eine Vorreiterrolle in der Umweltpolitik einzunehmen.

Berlin, den 27. Juni 2000

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

